

ÖGB-Grundsatzbeschluss muss her: Keine Stimme für Sozialabbau!

**Gewerkschaft falsch****Gewerkschaft richtig**

Aus den vergangenen Jahren sind Ihnen vielleicht noch einige Fälle bekannt, wo GewerkschafterInnen so genannten Reformen, welche Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen bedeuteten, zustimmten. Das prominenteste Beispiel hierfür ist sicherlich das "Ja" von GÖD-Vorsitzendem Neugebauer zur Pensionsreform 2003. Aber auch die Unterschrift von FSG-Chef Haberzettel unter das aktuelle Regierungsprogramm stößt in die selbe Kerbe.

Die "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" tritt dafür ein, dass GewerkschafterInnen, welche ein Mandat in einer öffentlichen Körperschaft besitzen ausschließlich den Interessen ihrer Mitglieder verpflichtet sind. GewerkschafterInnen dürfen daher keinen Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose zustimmen dürfen.

Wahnsinn mit Methode

"Das Regierungsprogramm bildet insgesamt eine Basis zur Zusammenarbeit zwischen neuer Bundesregierung und dem ÖGB. Für die ArbeitnehmerInnen wird allerdings die politische Umsetzung entscheidend sein." Mit diesen Worten kommentierte der geschäftsführende ÖGB-Präsident Hundstorfer das Regierungsprogramm. Für die "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" stellt sich dabei allerdings die Frage, aus welchen inhaltlichen Punkten diese Basis bestehen soll: etwa aus der Ausweitung der Ladenöffnungszeiten; einer

weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten oder einer massiven Aufweichung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge?

Die Plattform hält dem entgegen: "Wir denken, dass die ÖGB-Spitze gefordert ist, Widerstand gegen diese Maßnahmen zu organisieren." Dies bedeutet auf der einen Seite die Kolleginnen und Kollegen zu informieren und "auf der Straße" Druck zu erzeugen, auf der anderen Seite dürfen führende GewerkschafterInnen, welche im Nationalrat sitzen solchen "Reformen" auf keinen Fall zustimmen. In diesem Zusammenhang ist es im Sinne der Mitglieder auch vollkommen unverständlich, wie FSG-Chef Haberzettel dieses Regierungsprogramm unterschreiben konnte und auch noch verteidigt. Ebenso pikant ist, dass ÖGB-Chef Hundstorfer diesem im SPÖ-Parteivorstand zugestimmt hat.

Wir sind der Meinung, dass diese Kniefälle auf Kosten der Basis ein Ende haben müssen und bringen als einen ersten Ansatz dafür den Antrag ein, dass "KeinE GewerkschaftsvertreterIn in einem Parteigremium oder in einer öffentlichen Körperschaft Sozialabbau und Privatisierung zustimmen darf." Wir rufen Sie/dich dazu auf, diesen Antrag zu unterstützen, um eine verbindliche Basis dafür zu schaffen, damit die ÖGB-Spitze dem ersten Leitsatz des ÖGBs (siehe Antrag 2), welcher auf diesem Kongress beschlossen wird, nämlich: "Wir GewerkschafterInnen...vertreten in Wort und Tat die Mitgliederinteressen.", auch wirklich gerecht wird.

Florentin Döller

Kommentar zum Kongresstag

Heute, Mittwoch, steht die inhaltliche Positionierung am Programm. Es soll um Sozial- und Wirtschaftspolitik, Bildung, Arbeit und Gesundheit sowie Internationales gehen. Angesichts des bisherigen Verlaufes und der vorliegenden Anträge ist allerdings zu befürchten, dass der bisherige Kurs beibehalten wird. Und der bedeutet, dass einige der schlimmsten Maßnahmen der neuen Regierung gegen ArbeitnehmerInnen von der ÖGB-Führung im Sozialpartnerpapier mit-entwickelt wurden.

Jetzt Antrag unterschreiben!

Dieser Kurs hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich immer mehr Mitglieder vom ÖGB abgewandt haben. Wozu Mitglied sein fragen sich Viele, wenn sich meine Situation verschlechtert. Aber die Gewerkschaft ist wichtig - nicht als Bienenzüchterverein, sondern als Kampforganisation.

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften hat daher einen Initiativ-Antrag vorbereitet:

* KeinE GewerkschaftsvertreterIn darf in einem Parteigremium oder einer öffentlichen Körperschaft Sozialabbau und Privatisierung zustimmen.

* GewerkschafterInnen müssen Kampfmaßnahmen gegen die von der Regierung angekündigten Angriffe unterstützen und organisieren.

Damit über diesen Antrag abgestimmt werden kann, müssen ihn 74 ordentlich Delegierte unterschreiben: Unterschreiben Sie jetzt!

Diskussionsveranstaltung

*ÖGB-Kongress: Was nun?**Kämpferische Perspektiven 2007***Mi. 24. Jänner 2007, 19⁰⁰ Uhr****Amerlinghaus, Wien 7, Stiftg. 8**

[erreichbar mit U2, U3 Volkstheater!]

Serie: Versagen wir im Kerngeschäft der Gewerkschaften?

Teil 3: Gewerkschaften international & offen

Globale Angriffe auf soziale Rechte, 40.000 Mitglieder weniger (ÖGB: 2006) und kaum Verankerung in den meisten neuen Sektoren der Weltwirtschaft - all das sind keine Naturgesetze, welche die Gewerkschaften hinnehmen muss(t)en. Weltweit gibt es Beispiele von Gewerkschaften die sich in den letzten Jahren nicht nur erfolgreich gegen Lohn- und Sozialdumping zur Wehr gesetzt haben, sondern auch starke Organisationen aufbauen konnten. Anders als etwa in Südkorea oder auch in Teilen der USA oder der Schweiz, befinden sich allerdings die meisten Gewerkschaften in EUropa in der Krise. Der ÖGB bildet hier keine Ausnahme - im Gegenteil. Anstatt eines praktisch durchgängig hohen Organisationsgrads gibt es heute auch in Österreich sogar "gewerkschaftsfreie" Zonen. Dem ÖGB fehlen hier nicht die Serviceangebote, sondern vielmehr die Antworten auf die neuen Herausforderungen.

Herausforderung "Globalisierung"

Gewerkschaften sind - gerade in Österreich - nicht als Organisationen entstanden, die dem Kapitalismus kritisch gegenüberstanden, sondern ihn weltweit abschaffen wollten. Diese Orientierung hat entscheidend dazu beigetragen, die Konkurrenz unter ArbeiterInnen abzuschwächen und die Solidarität zu stärken. Gewerkschaften die heute - wie der ÖGB - in der Standortlogik gefangen sind, haben theoretisch und praktisch weniger denn je eine Chance, der

so geht's auch:

Britannien ist heute das Land der Anti-Gewerkschaftsgesetze:

Nach dem britischen Arbeitsrecht - unter Thatcher beschlossen, von der Blair-Labour-Regierung fortgesetzt - dürfen

England: Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Gewerkschaften z.B. Urabstimmungen über Kampfmaßnahmen nicht im Betrieb durchführen. Das bedeutet de facto, dass ArbeiterInnen nicht am Arbeitsplatz zusammen kommen und gemeinsam über einen Streik abstimmen dürfen, sondern es per Post zu Hause machen müssen. Solche und ähnliche Maßnahmen bedeuten, dass riesige rechtliche Hürden im Weg steht, wenn man gegen die Angriffe der Arbeitgeber aktiv werden will.

Trotz Hürden: Kampf im öffentlichen Dienst

Der unmittelbare Grund für die Streik-



Kundgebung der Plattform beim ÖGB-Kongress

Unternehmerseite Widerstand entgegen zu setzen. Ein Ausdruck für die Schwäche der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist letztlich auch die Schwäche ihrer internationalen Strukturen. Der Internationale und der Europäische Gewerkschaftsbund sind Papiertiger, mit dem Selbstverständnis einer Lobbying-Agentur und nicht einer Koordinierungsstruktur des gewerkschaftlichen Widerstandes.

Herausforderung "Öffnung"

Erst seit wenigen Jahren gibt es erste Versuche atypisch Beschäftigte zu organisieren, erst seit ein paar Monaten die Möglich-

keit für Nicht-EU-Bürger in Österreich sich in AK und Betriebsrat wählen zu lassen. Der ÖGB ist kein Vorkämpfer für diese Gruppen, sondern Nachzügler von Entwicklungen, welche alle Teile der Gewerkschaftsbasis betreffen: Schutzlose Atypische sind ein ebenso ein gesamtgewerkschaftliches Problem, wie rechtlose "Ausländer und Ausländerinnen". Gewerkschaften müssen hier wieder Pionierleistungen erbringen, Geld und Zeit investieren, sich auf heftigen Widerstand der Unternehmer einstellen (denen rechtlose Billigarbeitskräfte recht sind), aber auch Vorurteile unter KollegInnen bekämpfen, wenn sie zukunftsfähig sein wollen.

Herausforderung Umsetzung

Ablauf und Ergebnisse des ÖGB-Kongresses weisen leider darauf hin, dass die neue Gewerkschaftsführung in diesen Fragen grundsätzlich nicht anders ist als die alte. Weiterer Mitgliederschwund scheint damit vorprogrammiert. Gleichzeitig war der Unmut über diese Zustände in unserer Bewegung selbst hier an allen Ecken und Enden spürbar - auch wenn der ÖGB-Bundeskongress nicht unbedingt der Hort demokratischer Organisationsabläufe und Basisnähe ist. Den ÖGB-Neu werden wir uns ebenso wie die Demokratisierung der Gewerkschaften von "unten" erkämpfen müssen; die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften möchte mit ihrer Arbeit dazu beitragen. John Evers

Urabstimmungen waren die neuerlichen Angriffe der Regierung auf das Pensionsystem im öffentlichen Dienst. Blair und Co. versuchten die Rentenansprüche von 5 Millionen Beschäftigten zu kürzen. Im Öffentlichen Dienst sind Renten nicht ausbezahlter Lohn. Die Beschäftigten arbeiten für Niedriglöhne, dass sie mit einer kleinen betrieblichen Rente zur staatlichen in den Ruhestand gehen können - zu mindest bis jetzt.

Rolle der Gewerkschaften

Die Haupt-Staatsangestelltengewerkschaft PCS hatte die größte Beteiligung an der Urabstimmung. 67.000 Beschäftigte stimmten für den Streik. Durch die starke Linke in der Führung der PCS wurde der Streik beschlossen. Am 5. November streikten über 200 000 ArbeiterInnen und mit den Solidaritätserklärungen vieler anderer Gewerkschaften wird der Kampf weiter gehen. Ausgang offen ...

Martin Ramberger

Beschluss zweier Regional-konferenzen vom ÖGB verschwiegen!

Dieser Antrag wurde von den Regional-konferenzen in Wien am 5. bzw. 9 Oktober 2006 beschlossen und in der Folge von der ÖGB-Spitze unter den Teppich gekehrt.

Urabstimmung und BetriebsrätInnenkonferenzen

Bei wichtigen Fragen (zB KV-Verhandlungen) müssen die Ziele auf BR-Konferenzen erarbeitet und beschlossen, und die Ergebnisse durch Urabstimmung legitimiert sein.

Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit der FunktionärInnen

Spitzenfunktionäre müssen von den betroffenen Mitgliedern direkt gewählt werden.

Delegierte zu Kongressen sollen auf Betriebs und Regionalkonferenzen direkt gewählt werden. Es muss möglich sein FunktionärInnen abzuwählen.

Durchschnittslohn für FunktionärInnen

KeinE GewerkschaftsfunktionärIn soll mehr verdienen, als die Mitglieder, die er/sie vertritt. FunktionärInnen sollen den Durchschnitt der KVs in ihrem Bereich verdienen.

Kämpferischer Kurs statt Sozialpartnerschaft

Die Gewerkschaftspolitik muss sich an den Mitglieder- und nicht an Wirtschaftsinteressen orientieren.

ÖGB-Spitze muss sich an Beschlüsse halten!

Keine Zustimmung zu Verschlechterungen!

ÖGB-Kongresse beschließen viele schöne Forderungen: In der Praxis stimmen ÖGB-FunktionärInnen vielfach Maßnahmen zu, die auf Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerung und Reallohnverluste hinauslaufen.

Schluss mit dieser Kriecherei!

"Das Regierungsprogramm bildet insgesamt eine Basis zur Zusammenarbeit zwischen der neuen Bundesregierung und dem

ÖGB", heißt es auf der ÖGB-Homepage. Aber warum? In diesem Übereinkommen werden viele Verschlechterungen angekündigt (Ladenschluss, Arbeitszeit...). Erinnern wir uns: 2000 warfen die Krone und die Regierungsparteien dem ÖGB vor, gegen die blauschwarze Regierung zu hetzen, weil die SPÖ in die Opposition musste. "Der ÖGB wird jede Regierung danach beurteilen, was sie für ArbeitnehmerInnen macht", war damals die - richtige - Verteidigungslinie des ÖGB. Genau das verlangen wir jetzt auch vom ÖGB! Dann kann aber nur Widerstand rauskommen: Viele ÖGB-Mitglieder und auch die Gewerkschaftsjugend beteiligen

Unterstütze den Initiativantrag!

KeinE GewerkschafterIn darf Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen zustimmen, egal in welchem Gremium.

► Unterstütze den Antrag der Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften mit deiner Unterschrift.

► Unsere Forderungen und die Möglichkeiten zur Mitarbeit findest Du auf www.gewerkschaftsplattform.org.

die Strategie fehlt, wie diese Kämpfe auch gewonnen werden können.

Grundsatzbeschluss muss her!

Das Problem fängt schon an, wenn Gewerkschaften selbst Pensionskürzungsreformen vorschlagen oder bei Verhandlungen Verschlechterungen zustimmen statt Widerstand zu organisieren. Wir wollen daher einen Grundsatzbeschluss durchsetzen, dass keinE GewerkschafterIn in einem öffentlichen Gremium künftig Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen zustimmen darf! Als Sofortmaßnahme sollten die KollegInnen in Betriebsversammlungen über die Angriffe im Regierungsprogramm informiert werden. Dann muss der ÖGB Kampfmaßnahmen bis hin zu Streiks organisieren.

Michael Gehmacher



leitls märchenstunde

Wir kennen sie seit Jahren - die berühmte Standortlogik. Die internationale Konkurrenz steigt, in anderen Ländern sind die Lohnkosten niedriger. Deshalb müssen bei uns die Löhne auch reduziert werden bzw. die Arbeit "effizienter" werden, damit Betriebe im Land bleiben.

Lohnverzicht sichert Arbeitsplätze

Außerdem gibts noch Steuergeschenke und Subventionen an Unternehmen, damit sie sich in Österreich ansiedeln bzw. nicht absiedeln. Das Märchen ist: Lohnverzicht sichert Arbeitsplätze. Die Wahrheit ist: es stimmt nicht.

Unternehmen und ihre Organisationen betreiben eine internationale Erpressungspolitik auf Grundlage der Standortlogik. Es ist verständlich, wenn BetriebsrätInnen, im Wunsch, Arbeitsplätze zu sichern, Verschlechterungen zustimmen. Aber auf Dauer sichert das nicht die Jobs, denn so niedrig wie zur Zeit in Asien werden die Arbeitskräfte in Österreich hoffentlich nie

sein. Die Unternehmen betreiben meist eine Salamatik - hier eine Lohnkürzung, dort eine Arbeitszeitverlängerung und dazu noch ein bisi Geld vom Staat. Arbeitspatzgarantien gibt es immer kürzere bzw. immer vagere.

Beschäftigte verschiedener Standorte werden gegeneinander ausgespielt - international, aber auch national. Teile und Herrsche lautet die Devise. Oder auch: Wenn sich zwei streiten, freut sich der Dritte=Unternehmer. Die Antwort auf die Standortlogik muss eine internationale und eine kämpferische sein. Österreichische GewerkschafterInnen müssen mit den KollegInnen in anderen Ländern gemeinsam gegen die Erpressungspolitik vorgehen. Und auch die Frage stellen: Wem gehört ein Betrieb eigentlich, in den Millionen an Steuergelder geflossen sind und in dem seit langem Beschäftigte für Umsatz und Gewinn sorgen? Ein Schließung kommt einem Diebstahl gleich und muss daher verhindert werden - auch mit Kampfmaßnahmen.

Sonja Grusch

der fritz des tages



Man muß nicht Fritz heißen, um sich wie ein Fritz zu benehmen:

Die Lohnpolitik des ÖGB sei in den letzten Jahren erfolgreich gewesen erklärt Richard Leutner, leitender ÖGB-Sekretär. Wenn er damit sein eigenes Einkommen meint, dann mag diese Bemerkung stimmen. Wenn er die Lohnverhandlungen der letzten Jahre für Nicht-SpitzenfunktionärInnen des ÖGB meint, dann lebt er offensichtlich in einem Paralleluniversum in dem alles anders ist.

Eine aktuelle Studie des nicht gerade

Der Fritz des Tages heißt heute Richard

links-linken Rechnungshofes zeigt eine andere Realität: Der/die durchschnittliche ArbeitnehmerIn hat Reallohneinbusen - und verdient heute real gerade mal 91% des Einkommens von 1998. Die untersten 10% verdienen sogar um 16% weniger. Und diese Berechnung geht davon aus, dass die Inflationsrate stimmt - was allerdings gerade für BezieherInnen unterer Einkommen keineswegs stimmt, da sie wesentlich mehr für Dinge ausgeben müssen (z.B. Wohnen) deren Preissteigerung weit über der Inflationsrate liegt.

Aber der liebe Fritz-Richard gehört wohl auch zu jenen obersten 10%, deren Realeinkommen gestiegen sind. Schließlich war er ja auch bis vor kurzem noch Nationalratsabgeordneter und hat wohl auch der einen oder anderen Erhöhung von Abgeordnetenbezügen zugestimmt.

Noch schlimmer übrigens die Situation von Frauen: die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist - u.a. dank Jobrückgang im Öffentlichen Dienst und Teilzeitarbeit - noch weiter aufgegangen. Aber Frau ist der liebe Fritz-Richard ja auch keine, also betrifft ihn das auch nicht.

Die Lohnpolitik des ÖGB orientiert sich insgesamt nicht an dem, was für die Beschäftigten notwendig ist, sondern daran, was laut WirtschaftsvertreterInnen möglich ist. Und das ist naturgemäß immer wenig. Auch die Ankündigung, man werde sich die Kürzungen der schwarz-blauen Regierung durch eine offensive Lohnpolitik zurückholen, war wohl nur heiße Luft.

Richard Leutner selbst verdient nicht schlecht: in der "Offenlegung der Einkommen des Präsidiums" vom 26.6.06 fehlen die Angabe zu Leutner allerdings - sie werden "überarbeitet". Nach einigen Rückfragen im ÖGB war allerdings zu erfahren: Er verdient 14 x 7.775,- Euro. Schauen Sie doch mal auf Ihrem Gehaltszettel nach, ob Sie dort einen Betrag finden, der ähnlich hoch ist.

"Der ÖGB ist ein Zombie, der nur auf Kundenservice aus ist - unsere Mitglieder sind keine Kunden."

Fritz Keller, UG (zitiert nach Standard-Online)

das sagen kollegInnen über den ÖGB

Teilstatut ist der schlechteste Weg; bringt am neuen Weg der Gewerkschaft die erste Spaltung und bedeutet den Anfang vom Ende der starken Gewerkschaft.

Peter Grund, GPA, Betriebsratsvorsitzender SCS

Wir als Jugend dürfen nicht durch den Dreck gezogen werden weil wir die zukünftigen Facharbeiter sind. Und im ÖGB-neu darf der Sparstift nicht bei der Jugend angesetzt werden

Jürgen Michlmaier, ÖGJr

Das neue Regierungsprogramm bringt neue Belastungen für ArbeitnehmerInnen. Der ÖGB muss dagegen entschiedener kämpfen als 2003 - sonst gibt es 2010 keinen ÖGB mehr.

John Evers, GPA

Die Erneuerung und der Demokratieprozess muss auch gelebt und von den Mitgliedern gestaltet werden um zur Realisierung neuer Konzepte und Leistungen für ArbeitnehmerInnen zu führen.

Wolfgang Bauer, GPA-DJP

Werde aktiv bei der Plattform: ÖGB verteidigen heißt ÖGB verändern!

Die *Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften* ist eine Gruppe von GewerkschaftsaktivistInnen und BetriebsrätInnen unterschiedlicher Branchen und Fraktionen. Wir haben uns nach den Streiks im Jahr 2003 formiert und seither bei allen großen Auseinandersetzungen versucht aktiver Bestandteil der Bewegung zu sein. Wir stehen für eine echte Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung entlang folgender inhaltlicher Linien:

Urabstimmungen & BetriebsrätInnen-Konferenzen

Bei wesentlichen Fragen (z.B. KV-Runden) müssen die Ziele auf Betriebsversammlungen und BetriebsrätInnen-Konferenzen demokratisch festgelegt werden. Verhandlungsergebnisse müssen Urabstimmungen durch die Betroffenen Mitglieder unterzogen werden.

Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von FunktionärInnen

Vorsitzende und Bundesvorstände der Gewerkschaften und des ÖGB müssen von den jeweiligen Mitgliedern regelmäßig in direkter Wahl gewählt werden. Delegierte zu Kongressen müssen direkt in den Betrieben gewählt werden. Es muss möglich sein, Funktionäre jederzeit abzuwählen.

Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften

Durchschnittslohn für GewerkschaftsfunktionärInnen
Kein/e GewerkschaftsfunktionärIn darf mehr verdienen, als die Mitglieder, die er/sie vertritt. FunktionärInnen sollen den Durchschnitt der KVs ihres Bereichs verdienen.

Kämpferischer Kurs statt Sozialpartnerschaft

Kämpferische Kampagnen für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, offensive Lohnrunden, entschiedenes Auftreten gegen Privatisierung und Flexibilisierung, die auf die Kraft der Mobilisierung der Mitgliedschaft setzen, statt sozialpartnerschaftliches Verwalten des Sozialabbaus.

Interessierte KollegInnen sind herzlich eingeladen

KollegInnen, die – wie wir – die Gewerkschaftsbewegung von innen in solidarischer Weise erneuern wollen, sind herzlich eingeladen, mit uns ins Gespräch (und auch zu gemeinsamen Aktionen) zu kommen.



aktionen - termine - veranstaltungen

Kongress-Treffpunkt Die Plattform steht Rede und Antwort

Mi. 24. Jänner 2007, 12⁰⁰ Uhr
Cafeteria nahe Stand vom ÖGB-Verlag im Austria-Center

Diskussionsveranstaltung

ÖGB-Kongress: Was nun?

Kämpferische Perspektiven 2007

Mi. 24. Jänner 2007, 19⁰⁰ Uhr
Amerlinghaus, Wien 7, Stiftg. 8

[erreichbar mit U2, U3 Volkstheater]

AktivistInnen-Konferenz

Gemeinsam für kämpferische & demokratische Gewerkschaften
im März 2007 in Wien

Mitarbeit & Anregungen für dieses Projekt erwünscht!

Nähere Informationen werden auf www.gewerkschaftsplattform.org veröffentlicht.

kontakt

Telefon: 0650 / 408 23 85

E-Mail: wastun@gewerkschaftsplattform.org

Internet: www.gewerkschaftsplattform.org

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften,
c/o Michael Gehmacher, Schiffamtsgasse 20/9, 1020 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
Druck: Eigenvervielfältigung